



Seminar zum europäischen Verfassungs- und Migrationsrecht WiSe 2022/2023

Zeit und Ort: Vorbesprechung am Freitag, den 8. Juli 2022, 17:00h via Zoom; Seminar geblockt am **19./20. Januar 2023** (Ort bzw. Einwahldaten werden noch bekannt gegeben).

Zielgruppe und Teilnehmeranzahl: Das Seminar richtet sich primär an Studierende des Schwerpunktbereiches 4, steht aber allen Studierenden der Rechtswissenschaft oder anderer Fachbereiche offen, die sich mit aktuellen Fragen des europäischen Verfassungs- und Migrationsrechts in vertiefter und kritisch-reflexiver Weise auseinandersetzen möchten. Die Teilnehmerzahl ist auf maximal **18** Studierende begrenzt.

Vorbesprechung: Am Donnerstag, den **8. Juli 2022** findet um **17 Uhr** eine Seminarvorbereitung mittels Zoom statt. Die Einwahldaten lauten wie folgt:

- Link: <https://uni-leipzig.zoom.us/j/68215258816?pwd=d1hYZTdGZXpwYnBrT3ptWVdzb3dBQT09>
- Meeting-ID: 682 1525 8816
- Kenncode: 240736

Themenvergabe, insbes. für Prüfungskandidat:innen: Im unmittelbaren Anschluss an die Vorbereitung können Interessierte **bis Freitag, 15. Juli 2022, 24 Uhr (Ausschlussfrist)** per Mail **drei Themenwünsche in absteigender Präferenz** benennen (Mail an sekretariat.wendel@uni-leipzig.de). Prüfungskandidaten werden bei der Themenverteilung gegenüber anderen Seminarteilnehmerinnen vorrangig berücksichtigt.

Bitte beachten Sie: Themenvergabe und Themenbekanntgabe erfolgen nach einem **zeitlich gestaffelten Procedere**. Hintergrund ist, dass die schriftlichen Arbeiten der staatlichen Pflichtfachprüfung im Zeitraum vom 22. bis 30. August 2022 stattfinden und interessierte Prüfungskandidatinnen mit Blick auf die reguläre Bearbeitungszeit von acht Wochen nicht einer Doppelbelastung ausgesetzt werden sollen. Die Themen werden von Prof. Wendel intern bereits alle am 18. Juli 2022 verteilt, den Teilnehmern aber an zwei verschiedenen Tagen bekanntgegeben. Wer einen Platz für eine **Zulassungsarbeit** oder sonstige Seminararbeit erhält, bekommt das zu bearbeitende Thema gleich **am 18. Juli 2022** mitgeteilt und hat die gesamte vorlesungsfreie Zeit zur Bearbeitung. Wer indes einen Platz für eine **Prüfungsarbeit** erhält, bekommt am 18. Juli 2022 zunächst nur die **Zusicherung**, dass sie/er einen Platz im Seminar erhält.

Das konkret zu bearbeitende Thema wird Prüfungskandidatinnen aber erst am **1. September 2022** bekanntgegeben.

Prüfungskandidaten müssen die Themenzuteilung **unverzüglich** bestätigen, indem sie am 1. September 2022 an die oben genannte Mailadresse eine gescannte Version Ihrer ausgefüllten und unterschriebenen **Anmeldung zur Anfertigung einer Studienarbeit** senden und das Original zeitnah beim Prüfungsamt einreichen. Mit dieser Anmeldung bestätigen Sie, dass die Bearbeitung des Ihnen zugeteilten Themas Prüfungsleistung i.S.d. § 22 PrüfO sein soll.

Bearbeitungszeit für Prüfungsarbeiten: Die reguläre achtwöchige Bearbeitungszeit endet für Prüfungskandidatinnen am **27. Oktober 2022, 24 Uhr** (Ausschlussfrist). Je nach Pandemieverlauf kann die Frist ggf. auf Antrag hin pauschal **verlängert** werden. Ein solcher Antrag ist beim Sekretariat zu stellen. Ein Vordruck wird lehrstuhlseits bereitgestellt.

Leistungsnachweise: Studierende des SPB 4 können eine wissenschaftliche Studienarbeit i.S.d. § 19 Absatz 2, § 22 Absatz 1 PrüfO bearbeiten (sog. **Prüfungsarbeit**). Alle anderen Teilnehmer können einen Seminarschein erwerben. Im Falle des Bestehens weist dieser Schein die erfolgreiche Teilnahme an einem rechtswissenschaftlichen Seminar nach und gilt damit zugleich als Zulassungsvoraussetzung für die universitäre Schwerpunktbereichsprüfung i.S.d. § 20 Abs. 2 Nr. 6 PrüfO (sog. **Zulassungsarbeit**). In die Bewertung der Prüfungs- bzw. Zulassungsseminararbeit fließt die mündliche Leistung ein. Im Einzelnen gilt Folgendes:

- **Prüfungsarbeit im SPB4:** Die Voraussetzungen für die Prüfungsarbeit richten sich nach § 22 PrüfO. Danach ist die wissenschaftliche Studienarbeit in Form einer schriftlichen Seminararbeit zu erbringen, die zudem in elektronischer Form einzureichen ist. Ihr Inhalt ist in einem mündlichen Vortrag im Rahmen eines Seminars vorzustellen und in einer anschließenden Diskussion zu verteidigen. Hierzu wird im Einzelnen Folgendes festgelegt:
 - **Form:** Der Umfang der Arbeit darf **75.000 Zeichen** – einschließlich Fußnotentext, Leerzeichen und Satzzeichen – nicht überschreiten. Gliederungen, Verzeichnisse und Ähnliches werden hierbei nicht mitgezählt. Die Formatvorgaben lauten wie folgt: einseitige Beschriftung; Seitenränder oben 2,5 cm, unten 2 cm, links 5 cm, rechts 2 cm; Schriftart Times New Roman 12 Punkt (Fußnoten 10 Punkt); Blocksatz; Zeilenabstand 1,5-fach für den Fließtext sowie einfach für die Fußnoten; Seitenzahlen: Deckblatt keine, Gliederung und Literaturverzeichnis mit römischen Ziffern, Fließtext mit arabischen Ziffern, neu beginnend mit 1.
 - **Methode und Inhalt:** Orientieren Sie sich in puncto Aufbau, Stil, Zitation und Argumentation an einem wissenschaftlichen Aufsatz in einer Fachzeitschrift. Die Arbeit ist nicht im Gutachtenstil zu verfassen! Konsultieren Sie für Einzelheiten das **Merkblatt zur Erstellung von Seminararbeiten**.
 - **Der mündliche Vortrag,** der gerne durch eine Präsentation mit Power Point o.ä. bzw. ein Handout unterstützt werden kann, soll beim Prüfungseminar **30 min** nicht überschreiten. Daran schließt jeweils eine fachliche Diskussion an, im Rahmen derer die Arbeit zu verteidigen ist.
- **Zulassungsarbeit / Seminarschein:** Wird der Erwerb des Seminarscheins angestrebt, ist eine schriftliche Leistung in Gestalt einer Seminararbeit anzufertigen. Diese soll wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden und **75.000 Zeichen** nicht überschreiten (vgl. im Einzelnen Merkblatt zu Seminararbeiten).

Zum jeweiligen Seminartermin ist ein maximal **30-minütiges** Referat zu halten, das die anderen Teilnehmerinnen anschaulich in die Thematik einführen und die wesentliche(n) These(n) der Seminararbeit prägnant vorstellen soll. An das Referat schließt eine Vertiefungsdiskussion an.

- **Vortrag:** Teilnehmer, die früher schon einmal (oder mehrfach) an einem meiner Seminare teilgenommen haben, können ohne schriftliche Leistung mit einem Vortrag teilnehmen. Ggf. kann hierfür eine Schlüsselqualifikation ausgestellt werden.

Themen

Nr.	Thema	Bearbeiter:in
I. Europäisches Verfassungsrecht		
1.	Die Garantie richterlicher Unabhängigkeit nach Art. 19 EUV und Art. 47 GRCh: einheitlicher oder getrennte Anwendungsbereich(e)? (insb. EuGH, Urt. v. 22.02.2022, Rs. C-430/21 – RS; s. auch GA Tanchev, Schlussanträge v. 06.05.2021 – C-791/19)	N.N.
2.	Der Konditionalitätsmechanismus: effektive und kompetenzgemäße Alternative zum Verfahren nach Art. 7 EUV? (insb. EuGH, Urt. v. 16.02.2022, Rs. C-156/21 – Ungarn/Parlament und Rat; EuGH, Urt. v. 16.02.2022, Rs. C-157/21 – Polen/Parlament und Rat)	N.N.
3.	Rechtsstaatlichkeitskontrolle im Wettbewerbsrecht: „LM“ analog? (insb. EuG, Urt. v. 09.02.2022, T-791/19 – Sped-Pro S. A./Europäische Kommission sowie vorausgehend EuGH, Urt. v. 25.7.2018, C-216/18 – LM)	N.N.
4.	Die Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte und ihre Grenzen: acte clair und acte éclairé erhellt? (u.a. EuGH, Urt. v. 06.10.2021, Rs. C-561/19 – Consorzio Italian Management e Catania Multiservizi und Catania Multiservizi)	N.N.
5.	Richterlicher Dialog und unionsrechtliche Grenzen der Bindungswirkung verfassungsgerichtlicher Entscheidungen (insb. EuGH, Urt. v. 21.12.2021, C-357/19, C-379/19, C-547/19, C-811/19, C-840/19 – Euro Box Promotion; EuGH, Urt. v. 22.02.2022, Rs. C-430/21 – RS)	N.N.
6.	Drittstaaten vor Unionsgerichten? Rechtsschutz in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) (insb. EuGH, Urt. v. 22.06.2021, Rs. C-872/19 P – Bolivari-sche Republik Venezuela/Rat der Europäischen Union)	N.N.
7.	Die Justiziabilität von Maßnahmen der Eurogruppe (insb. EuGH, Urt. v. 16.12.2021, Rs. C-597/18 P, C-598/18 P, C-603/18 P und C-604/18 P, Rat/ K. Chrysostomides & Co. u.a (ESM) sowie vorausgehend EuGH, Urt. v. 20. September 2016, C-105-109/15 P – Mallis – und C-8-10/15 P – Ledra)	N.N.

8.	Das Kopftuchverbot als Gleichheitsproblematik im Unionsrecht (insb. EuGH, Urt. v. 15.07.2021, Rs. C-804/18 und C-341/19 – Wabe)	N.N.
9.	Religiöse Praktiken im Spiegel des europäischen Grundrechtspluralismus (insb. EuGH, Urt. v. 17.12.2020, C-336/19 – Centraal Israëlitisch Consistorie van België u.a.)	N.N.
10.	Freizügigkeit vs. Nationale Identität: Einwirkungen des Unionsrechts auf das Personenstandsrecht (insb. EuGH, Urteil v. 14.12.2021, Rs. C-490/20 – V. M. A. sowie vorausgehend Urteil v. Urt. v. 05.06.2018, Rs. C-673/16 – Coman; ggf. Rs. C-2/21 (noch anhängig))	N.N.
11.	Mitgliedstaatliches Staatsangehörigkeitsrecht auf dem Prüfstand des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes (insb. EuGH, Urt. v. 18.01.2022, Rs. C-118/20 – Wiener Landesregierung; siehe auch EuGH, Urt. v. 09.06.2022, Rs. C-673/20 – Préfet du Gers, sowie EuGH, Urt. v. 02.03.2010, Rs. C-135/08 – Rottmann und EuGH, Urt. v. 12.3.2019, C-221/17 – Tjebbes)	N.N.
12.	Unionsrechtskonforme Glücksspielregulierung im Lichte des Kohärenzgebots (u.a. EuGH, Urt. v. 18.05.2021, Rs. C-920/19 – Fluctus und Fluentum / Landespolizeidirektion Steiermark)	N.N.
II. Europäisches Migrationsrecht		
13.	Rechtliche Maßstäbe für „Pushbacks“ an den EU-Außengrenzen aus der Perspektive des EuGH sowie des EGMR (u.a. EGMR, Urt. v. 05.04.2022, Az. 55798/16 u.a. und EGMR, Urt. v. 13.02.2020, Az. 8675/15 und 8697/15; EuGH, Urt. v. 17.12.2020, C-808/18 – Kommission/Ungarn)	N.N.
14.	Abschiebehaft und „Trennungsgebot“ – verfassungs- und europarechtliche Anforderungen an die Haftunterbringung von Flüchtlingen (u.a. EuGH, Urt. v. 10.03.2022, C-519/20 – Landkreis Gifhorn)	N.N.
15.	Betreten von Flüchtlingsunterkünften im Lichte von Aufenthaltsgesetz, Grundgesetz und EU-Recht (u.a. VGH Baden-Württemberg, Urt. v. 24.02.2022, Az. 12 S 4089/20)	N.N.
16.	Einrichtung von Grenzkontrollen und EU-Recht (u.a. EuGH, Urt. v. 26.04.2022, C-368/20 u.a. – NW/Österreich)	N.N.
17.	Verspätetes Vorbringen im Asylfolgeantragsverfahren – Zur Notwendigkeit und (europarechtlichen) Vereinbarkeit einer Fristenregelung (u.a. EuGH, Urt. v. 09.09.2021, C-18/20 XY/Österreich)	N.N.

18.	Abschiebungsschutz und Existenzsicherung im Lichte des Europa- und Völkerrechts (u.a. BVerwG, Urt. v. 21.04.2022, Az. 1 C 10.21)	N.N.
19.	Der ordre public Vorbehalt im europäischen Asylrecht und seine Grenzen (u.a. EuGH, Urt. v. 30.06.2022, C-72/22 PPU – Valstybės sienos apsaugos tarnyba sowie EuGH, Urt. v. 17.12.2020, C-808/18 – Kommission/ Ungarn).	